

## Stellungnahme der DGEKW zur Wissenschaftsfreiheit in Deutschland

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist eine wesentliche Triebkraft und Ressource pluralistischer Gesellschaften. Akademische Freiheit leistet auch und gerade in aktuellen Krisensituationen durch Vielstimmigkeit, Multi-Perspektivität, Dissens und akademische Debattenkultur einen wichtigen Beitrag zum Problemverständnis und zum Eröffnen von Lösungswegen. Ein wichtiges Merkmal akademischer Wissensproduktion ist eine reflexive Haltung, die nach Reichweite und den Grenzen der gewonnenen Erkenntnisse fragt und die Bedingtheit von Erkenntnis anerkennt, also auch die zeitgeschichtlichen, sozialen und ideellen Standpunkte von Forscher:innen als wichtige Einflussfaktoren berücksichtigt.

Mit Besorgnis beobachten wir die zunehmenden Anfechtungen, denen sich auch Beiträge ausgesetzt sehen, die entsprechend dieser wissenschaftlichen Standards arbeiten. Der Deutschen Gesellschaft für Empirische Kulturwissenschaft e.V. (DGEKW) ist es deswegen ein zentrales Anliegen, Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen als Diskursräume für den freien und internationalen akademischen Austausch und zur Entwicklung neuer Erkenntnisse zu verstehen und offen zu halten.

Wir fordern in diesem Sinne insbesondere diejenigen in Politik, Medien und Gesellschaft auf, die durch pauschale Zuschreibungen und Fremddimensionierungen versuchen, Wissenschaftler:innen und ihre Beiträge zu diskreditieren und wissenschaftliche Sichtweisen zu tabuisieren, sich ihrer eigenen Verantwortung für pluralistische Formen der Aushandlung und Meinungsbildung bewusst zu werden. Statt der Versuche, das Vertrauen in die Integrität von Wissenschaft und Forschung sowie der akademischen Institutionen durch polarisierende Zuweisungen zu untergraben, wäre gerade dort, wo Wissenschaft ‚unbequem‘ ist, indem sie auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam macht und Widersprüche im öffentlichen Diskurs aufzeigt, eine sachliche Darstellung und sachbezogene Diskussion der verschiedenen Sichtweisen notwendig. Nur so lassen sich ihr Beitrag zu einem differenzierten Verständnis verstehen und potentielle Bewältigungsstrategien diskutieren.

Die akademische Freiheit ist durch ihre Verankerung im Grundgesetz rechtlich gegen Eingriffe geschützt, gleichwohl aber nicht grenzenlos, sondern in besonderer Weise mit Verantwortung ausgestattet und zu ethischem Handeln aufgefordert. Diskriminierende, abwertende oder gewaltverherrlichende Positionen sind damit nicht vereinbar. Wie ethische Prinzipien in Forschung und Lehre aber angemessen umgesetzt werden können, muss immer wieder diskutiert und neu justiert werden.

Als wissenschaftliche Fachgesellschaft treten wir entschieden für Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen ein, an denen die Grenzen im Denken, Argumentieren und der Wissensproduktion durch die ethische Verantwortung gegenüber allen anderen Mitmenschen und der Welt gesetzt sind, und nicht politischen Interessenlagen oder Machtkalkülen untergeordnet werden; Das ist eine Voraussetzung, damit Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen weiterhin ihrer gesellschaftlichen Funktion gerecht werden und ihren Beitrag zum Bestand und der Weiterentwicklung pluralistischer Gesellschaften leisten können.